

38/91 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

EG-Gipfel in Maastricht

Helmut Kohl: Der Weg zur Europäischen Union ist jetzt unumkehrbar

Auf den Start einer politischen Union der EG haben sich am frühen Morgen des 11. Dezember in Maastricht nach 31 Verhandlungsstunden die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft geeinigt und damit endgültig grünes Licht für das Inkrafttreten einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis spätestens 1999 gegeben.

Bundeskanzler Helmut Kohl am Ende der Beratungen: Die Weichen für einen neuen Abschnitt im europäischen Prozeß sind gestellt. Der Prozeß zur Europäischen Union ist jetzt unumkehrbar.

Im einzelnen beschlossen die Staats- und Regierungschefs

- eine gemeinschaftliche Außenpolitik. Entscheidungen sollen nicht mehr generell einstimmig getroffen werden;

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Frohe
Weihnachten
und ein
glückliches
neues Jahr allen
Lesern des UiD!**

Die nächste Ausgabe ist eine Doppelnummer (39/40) mit dem Thema „2. Parteitag der CDU in Dresden“.

Die erste UiD-Ausgabe 1992 erscheint am 16. Januar. **Die Redaktion**

Europäische Leistungsbilanz der CDU 1982 bis 1992. Mit einer Erklärung von Generalsekretär Volker Rühle zu den Ergebnissen des EG-Gipfels in Maastricht. **Grüner Teil.**

Volker Rühle:

Kein Kurswechsel

Zu Pressemeldungen, die CDU habe ihre Auffassung in der Frage geändert, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Die CDU hat in der Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, keinen Kurswechsel vorgenommen. Angesichts des Zusammenwachsens Europas in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht hat die Antragskommission bewußt darauf verzichtet, die restriktive, abwehrende Formulierung in der ursprünglichen Fassung des Dresdner Manifests zu übernehmen. Die Antragskommission ist der Auffassung, diese Fassung würdigt die Realitäten nicht in ausreichendem Maße und wird unseren politischen Zielen nicht gerecht. Ebenfalls abgelehnt wurden jedoch auch drei Anträge, die die Begriffe „Einwanderungsland“, „Einwanderungspolitik“ und „Einwanderungsgesetz“ in das Dresdner

Manifest festgeschrieben wissen wollten, da sie die gegenwärtige Situation ebenfalls nicht zutreffend beschreiben.

Statt dessen hat die Antragskommission sich auf eine Formulierung geeinigt, die eine realistische Beschreibung der Situation in Deutschland wiedergibt. Die jetzt verwandte Fassung bringt zum Ausdruck, daß der Aufenthalt von Ausländern so geregelt werden muß, daß er den Interessen unseres Landes entspricht. Die Interpretation, die CDU habe damit ihre bisherige Auffassung geändert, ist falsch und entspricht in keiner Weise der Intention der Antragskommission. Die gewählte Formulierung lautet:

„Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir wissen, daß in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Ausländer nach Deutschland kommen und mehr Deutsche ins Ausland gehen. Vor allem in einem wirtschaftlich und politisch zusammenwachsenden Europa, aber auch angesichts einer zunehmenden internationalen Verflechtung werden die Menschen mobiler werden. Diese Entwicklung muß politisch so gestaltet werden, daß sie den Interessen und Bedürfnissen unseres Landes entspricht.“

(Fortsetzung von Seite 1)

- eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Westeuropäische Union (WEU) soll Sicherheitsinstrument der Gemeinschaft werden;
- eine gemeinsame europäische Staatsbürgerschaft. Jeder EG-Bürger hat zukünftig in jedem Mitgliedsstaat das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen;
- die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments. Die Abgeordneten in Straßburg sollen in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Ver-

braucherschutz und Binnenmarkt mitentscheiden können;

- die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung sowie einer unabhängigen Zentralbank;
- und die zwischenstaatliche Kooperation zur Errichtung einer Europapolizei sowie die Zusammenarbeit in der Asylpolitik.

Allerdings: Großbritannien mußte im Bereich der Sozialpolitik eine Sonderklausel eingeräumt werden. Die übrigen elf Länder werden deshalb die gemeinsame Sozialpolitik ohne London weiter ausbauen.

SPD wird den Aufgaben deutscher Einigung nicht gerecht

Vor einem Jahr erzielte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen vom 2. Dezember 1990 einen weichenstellenden Wahlerfolg. Der Wähler übertrug der Union die Regierungsverantwortung und gab damit derjenigen Kraft in Deutschland den Auftrag, die immer die Einheit Deutschlands wollte und sie nie aufgeben hatte. Die innere Einheit Deutschlands herzustellen, wird uns noch Jahre harter Arbeit abverlangen.

Das erste und zugleich schwerste Jahr der deutschen Einheit haben wir gut gemeistert. Wir sind eben nicht wie die SPD damit beschäftigt, interne Probleme zu lösen, sondern können uns auf die Arbeit konzentrieren. Unsere Wahlen zum Fraktionsvorstand in dieser Woche zeigten deutlich, daß die Aufgaben zwischen den Abgeordneten aus den neuen und alten Bundesländern gut verteilt und daß wir auch intern zu einer gesamtdeutschen Bundestagsfraktion zusammengewachsen sind.

Es kann aber nicht so sein, daß die Aufgabe, die innere Einheit Deutschlands herzustellen, ausschließlich von uns zu tragen ist. Der Wähler hat auch der SPD — über ihre Bundesratsmehrheit — einen Teil der Verantwortung für die Einswerdung Deutschlands übertragen. Dies nimmt die SPD aber wohl noch nicht genügend ernst. Wie sonst soll man es verstehen, daß ein SPD-geführtes neues Bundesland, Brandenburg, dem „Beschleunigungsgesetz“ zum zügigen

Aufbau des Verkehrsnetzes in den neuen Bundesländern im Bundesrat seine Zustimmung verweigert hat?

Allen großen Sprüchen von Ministerpräsident Stolpe zum Trotz stellte die SPD-geführte Ampelkoalition in Brandenburg dann, als es ernst wurde, Parteiinteresse über das Interesse des Landes.

Die SPD muß schon in eigenem Interesse davor gewarnt werden, das Steueränderungsgesetz 1992 im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat scheitern zu lassen. Die CDU/CSU-Bun-

Von Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

destagsfraktion legt größten Wert darauf, daß die Familien ab 1. Januar auch pünktlich das erhöhte Kindergeld erhalten. Wir wollen auch, daß die Familien pünktlich mit höheren steuerlichen Freibeträgen ausgestattet werden. Dies sollte die SPD nicht blockieren. Aber zu einer verantwortlichen Politik gehören eben auch zwei weitere entscheidende Dinge:

● **Erstens: eine solide Finanzierung.** Die öffentlichen Kassen brauchen, wenn 1992 der Solidaritätsbeitrag wegfällt, ab 1. Januar 1993 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt. Außerdem kommt Deutschland damit der EG-Einigung nach, die Mehrwertsteuer zu harmonisieren. Will sich die SPD ernsthaft gegen Haushaltsvernunft und EG-Vereinbarungen stemmen?

● Zweitens: Sicherung der Arbeitsplätze.

Es besteht doch ernsthaft kein Zweifel darüber, daß die steuerliche Belastung der Unternehmen in Deutschland zu hoch ist. Der Einstieg in die Unternehmenssteuerreform soll Abhilfe leisten. Will die SPD ernsthaft dafür Verantwortung übernehmen, daß die deutsche Wirtschaft innerhalb der europäischen Konkurrenz ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert?

In der Frage der Beseitigung des Asylmißbrauchs geht es schon lange nicht mehr um das „Ob“ einer Ergänzung des Asyl-Artikels im Grundgesetz, sondern nur noch um das „Wann“. Der bevorstehende Gipfel von Maastricht wird uns kein einheitliches Asylrecht in Europa bringen. Es bleiben uns aber die europäischen Abkommen auf Regierungsebene von Schengen und von Dublin, an denen auch Deutschland endlich Anteil haben muß, sonst bleiben wir das Reserveasylland Europas. Eine europäische Gleichberechtigung in der Umsetzung von Schengen und Dublin erzielen wir aber nur, wenn wir selbst in Deutschland für eine Ergänzung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz sorgen.

Die Union hat der SPD hierzu Gespräche

angeboten. Wir wollen diese Debatte beenden und zu besseren Lösungen kommen. Für das politische Klima ist es vor teilhafter, sich möglichst bald als später zu einigen.

Die SPD sollte erwägen, daß ungelöste Probleme nicht aus Wahlkämpfen herausgehalten werden können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat großes Interesse daran, daß es nicht zu einem Asyl-Wahlkampf kommt. Deshalb sehen wir dem Einstieg in die Gespräche mit der SPD zum Thema Asyl mit großer Zuversicht entgegen. Es wäre für die SPD-Führung geradezu abstrus, zu glauben, sich erfolgreich gegen den Sachverstand aller Fachleute, gegen die große Mehrheit der öffentlichen Meinung und gegen den Druck der eigenen SPD-Kommunalpolitiker stemmen zu können, um aus ideologischen Gründen eine Ergänzung des Asylrechts zu verhindern.

Im Bundestag und insbesondere im Bundesrat muß die SPD der vom Wähler übertragenen Verantwortung gerecht werden. Nur wenn alle demokratischen Kräfte in Deutschland zusammenwirken, können wir die nationalen Herausforderungen lösen.

Schäuble dankt Lutz Stavenhagen

Zur Entlassung des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Lutz Stavenhagen, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt die Entscheidung des Bundeskanzlers, Staatsminister Lutz Stavenhagen auf dessen Wunsch hin zu entlassen, mit Respekt zur Kenntnis. Zugleich danken wir Stavenhagen für seine stets hilfreiche Arbeit für Regie-

rung und Koalition. Lutz Stavenhagen hat in bewegter Zeit eine verantwortungsvolle Aufgabe mit vollem Einsatz und ohne Rücksicht auf eigene Belange wahrgenommen. Sein hohes Verantwortungsbewußtsein wird dadurch deutlich, daß er sein Amt zur Verfügung gestellt hat, obwohl ihm ein persönliches Fehlverhalten nicht vorgehalten werden kann. Dies geradlinige und konsequente Verhalten verdient Anerkennung.

Jürgen Rüttgers:

Wir haben in den zurückliegenden zwölf Monaten viel erreicht

Vor einem Jahr, am 2. Dezember 1990, haben die Wählerinnen und Wähler in Deutschland das erste gesamtdeutsche Parlament seit fast 60 Jahren gewählt. Die Hauptaufgabe bleibt auch in den kommenden Jahren, die innere Einheit Deutschlands herzustellen.

Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir haben in den zurückliegenden zwölf Monaten viel erreicht:

- 85 Prozent der ostdeutschen Unternehmen meinten bei einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft, daß die Talsohle bereits erreicht ist.

- Seit Jahresbeginn sind in den neuen Ländern 330.000 neue Unternehmen gegründet worden. Die Zahl der Handwerksbetriebe hat sich inzwischen verdoppelt; beschäftigt sind dort rund 600.000 Menschen. Lehrlinge und Facharbeiter fehlen inzwischen.

Produktionsverflechtung

- Zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen findet eine zunehmende Produktionsverflechtung statt. Bei einer BDI-Umfrage erklärten 43,5 Prozent der West-Firmen, daß sie Vorprodukte aus den neuen Ländern beziehen.

- Die Treuhand hat bislang knapp 4.400 Unternehmen — das sind 40 Prozent ihres Bestandes — privatisiert; drei Viertel an mittelständische Erwerber. Zum Jahresende werden etwa 5.000 Firmen privatisiert sein. Die Käufer haben für

das nächste Jahr Investitionen von insgesamt 97 Milliarden Mark zugesagt.

- Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten 400.000 Arbeitsplätze sichergestellt werden. Im kommenden Jahr sollen weitere 100.000 hinzukommen.

Der Umbau der ostdeutschen Wirtschaft von einer funktionsunfähigen Planwirtschaft zu einer modernen, wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft wird weitere Fortschritte machen oder sogar rascher vorangehen, wenn die Rahmenbedingungen weiterhin stimmen. Dazu gehören moderate Lohnabschlüsse.

Gute Verkehrsinfrastruktur

Zu den Rahmenbedingungen einer modernen Marktwirtschaft gehört ferner eine gute Verkehrsinfrastruktur. Um so befremdlicher ist, daß das Land Brandenburg im Bundesrat dem Gesetz zum beschleunigten Ausbau der Verkehrswege in Ostdeutschland die Zustimmung versagt hat. Ministerpräsident Stolpe hat sich offensichtlich nicht von den Interessen seines Landes, sondern von koalitionspolitischen Erwägungen leiten lassen. Es ist höchst bedauerlich, daß für den immer sehr staatsmännisch auftretenden Herrn Stolpe die Schaltphasen in seiner „Ampel-Koalition“ wichtiger sind als die gesicherte Zukunft des Landes Brandenburg und seiner Einwohner.

Die SPD darf keine Obstruktionspolitik betreiben. Sie ist aufgefordert, mit uns das Aufbauwerk in Deutschland voranzubringen. ■

Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ging weiter zurück

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, folgende Stellungnahme abgegeben:

Leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit in alten Bundesländern saisonbedingt; in neuen Bundesländern Rückgang von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit — bedingt durch arbeitsfördernde und sozialflankierende Maßnahmen

● In den alten Bundesländern ist die Zahl der Arbeitslosen im November jahreszeitlich-saisonbedingt etwas angestiegen. Der erneute Anstieg der Erwerbstätigenzahl im Oktober auf einen neuen Höchstwert und die nach wie vor hohe Zahl der offenen Stellen sind aber Ausdruck einer befriedigenden Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung auch im Herbst 1991.

Niedrigste Arbeitslosenquote seit zehn Jahren bei regional unterschiedlichen Entwicklungen

Die Arbeitslosenquote — bezogen auf Arbeitnehmer — lag im November im Bundesdurchschnitt wie schon im September und Oktober bei 6,0 Prozent und hat den für diesen Monat niedrigsten Stand der letzten zehn Jahre erreicht.

Zum Vergleich: Die Arbeitslosenquote lag im November 1981 — ein Jahr vor dem Regierungswechsel — bei 6,4 Prozent. Sie stieg dann binnen Jahresfrist extrem stark auf 8,4 Prozent im November 1982 und danach verlangsamt auf 8,9 Prozent im November 1985. Seit 1985 ist

die Arbeitslosenquote in sechs Jahren um 2,9 Prozentpunkte zurückgegangen. Dies ist eine große Leistung; denn es hat in den letzten sechs Jahren einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um insgesamt über 3 Millionen gegeben, dem jedoch im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen um fast 2,5 Millionen gegenüberstand. Es konnte trotzdem zusätzlich die Zahl der Arbeitslosen um fast 600.000 reduziert werden.

Jetzt nach zehn Jahren ist der extrem starke Anstieg der Arbeitslosigkeit innerhalb eines einzigen Jahres von 1981 auf 1982 von über 550.000 ausgeglichen worden. Damit ist es unter der politischen Verantwortung der christlich-liberalen Koalition und ihrer Bundesregierung unter Helmut Kohl nach neun Jahren erfolgreichen Zusammenwirkens von Politik, Wirtschaft und Sozialpartnern gelungen, die belastenden Folgewirkungen des beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitisch katastrophal verlaufenen letzten Jahres unter SPD-Führung zu überwinden.

Beachtenswert sind die teilweise erheblichen unterschiedlichen regionalen Entwicklungen der Arbeitslosenquoten im Verlauf von zehn Jahren:

- Deutlich niedriger als im November 1981 liegen jetzt die Arbeitslosenquoten in Baden-Württemberg und Bayern.
- Erheblich höhere Arbeitslosenquoten als vor zehn Jahren gibt es in den drei Stadtstaaten Berlin (West), Bremen und Hamburg und im Saarland. In Berlin, wo trotz weit überdurchschnittlichen Anstiegs der Erwerbstätigkeit die Arbeitslosigkeit entgegen dem allgemeinen

Aus der Arbeit der KAS

Die Eichholzer Foren gehören mittlerweile zum Kernangebot des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Und weil die Nachfrage groß ist, finden 1992 in Wesseling bei Bonn weitere Foren statt.

Termine/Themen:

- 14. 2.—16. 2. 1992 (VA Nr. 38)
Das Gebot der Toleranz und der Schutz vor Mißbrauch — Das Recht auf politisches Asyl und seine Bewährung in der Praxis
- 11. 3.—12. 3. 1992 (VA Nr. 56)
Änderung des Grundgesetzes? — Fragen an die aktuelle Verfassungsdiskussion
- 20. 3.—21. 3. 1992 (VA Nr. 63)
Was bekümmert die Jugend, wer küm-

mert sich um die Jugend? — Anfragen an Jugendverbände und Jugendpolitik

- 6. 5.—8. 5. 1992 (VA Nr. 99)
Schwierige Erbschaft — Über den Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte

- 31. 5.—2. 6. 1992 (VA Nr. 125)
Nachbarn — neu entdeckt: Entwicklungen in Polen

- 1. 7.—3. 7. 1992 (VA Nr. 200)
Denkmalpflege in Deutschland — Lehrstücke

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
W-5047 Wesseling

Trend im letzten Jahr angestiegen ist, ist dies durch starken Zustrom von Berufspendlern aus dem Umland bedingt.

- Etwa gleich hoch oder etwas höher als vor zehn Jahren liegen die Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz.
- Erhebliche unterschiedliche Entwicklungen gibt es teilweise auch innerhalb der Flächenländer, wobei es vor allem in vielen Großstädten deutliche Anstiege der Arbeitslosigkeit gegeben hat, in ländlichen Räumen überwiegend Rückgänge.
- In den neuen Bundesländern sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erfreulicherweise zurückgegangen. Die immer noch weit unter den Erwartungen liegende Arbeitslosenzahl ist u. a. auf den starken Einsatz arbeitsfördernder Maßnahmen und ein hohes Ausmaß der Inan-

spruchnahme des Altersübergangsgeldes als einer wichtigen Maßnahme der sozial flankierenden Arbeitsmarktentlastung zurückzuführen. Offenbar stärker als erwartet haben die hohen Einkommens-transfers auch zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beigetragen.

Weitere Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung stark von künftigen Tarifabschlüssen abhängig

Im ganzen Bundesgebiet — in den neuen Bundesländern noch stärker als in den alten — ist die weitere Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung sehr stark davon abhängig, wie weit die Tarifvertragsparteien ihre künftigen Tarifabschlüsse an der Zielsetzung der Beschäftigungsförderung orientieren und dabei auch branchenmäßige und regionale Aspekte berücksichtigen. ■

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

**Der CDU-Teil der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat
folgende stellvertretende
Fraktionsvorsitzende gewählt:**

- Arbeitsbereich 1 (Recht, Petitionen, Geschäftsordnung, Inneres, Sport, Umwelt, Vertriebene u. Flüchtlinge, Kommunalpolitik): **Paul Laufs**
- Arbeitsbereich 3 (Haushalt, Finanzen): **Hans Peter Schmitz (Baesweiler)**
- Arbeitsbereich 4 (Arbeit u. Soziales, Arbeitnehmer): **Heiner Geißler**
- Arbeitsbereich 5 (Auswärtiges, Verteidigung, Wirtschaftl. Zusammenarbeit): **Karl-Heinz Hornhues**
- Arbeitsbereich 6 (Gesundheit, Frauen u. Jugend, Familie und Senioren, Bildung u. Wissenschaft): **Maria Michalk**
- Arbeitsbereich 7 (Forschung u. Technologie, Post- u. Telekommunikation, Raumordnung, Bauwesen u. Städtebau, Koordinierung neue Bundesländer): **Johannes Nitsch**

Die CSU-Landesgruppe hat in ihrer Sitzung am 28. Januar 1991 für den Arbeitsbereich 2 (Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Fremdenverkehr, Diskussionskreis Mittelstand): **Michael Glos** zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Beisitzer

**Der CDU-Teil der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat
die Beisitzer für den
Fraktionsvorstand gewählt:**

**Dietrich Austermann
Werner Dörflinger**

**Udo Haschke
Renate Hellwig
Paul Krüger
Hans-Werner Müller (Wadern)
Gero Pfennig
Ronald Pofalla
Rosemarie Priebus
Rolf Rau
Heinz Schemken**

Die CSU-Landesgruppe hat am 28. Januar 1991 **Kurt Rossmann** als Beisitzer für den Fraktionsvorstand gewählt.

Ehrenrat

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
hat die Mitglieder des Ehrenrates
gewählt:**

**Karl Deres
Hans Klein (München)
Volkmar Köhler**

Parlamentarische Geschäftsführer

**Auf Vorschlag des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Wolfgang Schäuble, hat der CDU-Teil
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
weitere Parlamentarische
Geschäftsführer gewählt:**

**Brigitte Baumeister
Ingrid Roitzsch
Clemens Schwalbe**

Der 1. Parlamentarische Geschäftsführer, **Jürgen Rüttgers**, wurde bereits am 25. November 1991 gewählt.

Zum Justitiar wählte der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:
Franz Möller.

Zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers wurde **Rudolf Kraus** bereits am 4. Dezember 1990 gewählt.

Arbeitsgruppenvorsitzende

Die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** hat die **Vorsitzenden für die einzelnen Arbeitsgruppen (gleichzeitig Sprecher) der Fraktion** gewählt:

Recht (einschl. Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung sowie Petitionen):

Norbert Geis

Inneres (einschl. Sport): **Johannes Gerster**

Wirtschaft: **Matthias Wissmann**

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Egon Susset

Verkehr: **Dirk Fischer**

Post- und Fernmeldewesen:

Gerhard Pfeffermann

Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:

Dietmar Kansy

Finanzen: **Kurt Falthäuser**

Haushalt: **Jochen Borchert**

Arbeit und Soziales: **Julius Louven**

Gesundheit: **Paul Hoffacker**

Auswärtiges: **Karl Lamers**

Verteidigung: **Bernd Wilz**

Europa: **Peter Kittelmann**

Wirtschaftliche Zusammenarbeit:

Winfried Pinger

Forschung und Technologie:

Christian Lenzer

Bildung und Wissenschaft:

Alois Graf Waldburg-Zeil

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Ulrich Klinkert

Familie und Senioren: **Ursula Männle**

Frauen und Jugend: **Claudia Nolte**

Fremdenverkehr: **Rolf Olderog**

Obleute

Die **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** hat folgende **Abgeordnete als stellvertretende Arbeitsgruppenvorsitzende (Obleute)** gewählt:

Recht: **Erwin Marschewski**

Inneres (Sport): **Wolfgang Zeitlmann**

Wirtschaft: **Ernst Hinßen**

Landwirtschaft: **Meinolf Michels**

Verkehr: **Horst Gibtner**

Post: **Wolfgang Schulhoff**

Raumordnung: **Hans Raidel**

Finanzen: **Gunnar Uldall**

Haushalt: **Adolf Roth (Gießen)**

Arbeit und Soziales: **Alexander Warrickoff**

Gesundheit: **Hans-Joachim Sopart**

Auswärtiges: **Reinhard von Schorlemer**

Verteidigung: **Paul Breuer**

Europa: **Michael Stübgen**

Wirtschaftliche Zusammenarbeit:

Klaus-Jürgen Hedrich

Forschung: **Erich Maaß**

Bildung: **Rainer Jork**

Umwelt: **Klaus W. Lippold**

Familie und Senioren:

Walter Link (Diepholz)

Frauen und Jugend: **Ilse Falk**

Fremdenverkehr: **Klaus Brähmig**

Sprecher der Fraktion

Der **Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble**, hat folgende **Sprecher der Fraktion für bestimmte Sachbereiche** berufen:

Energie: **Heinrich Seesing**

Medien: **Joseph-Theodor Blank**

Außenwirtschaft: **Peter Kittelmann**

Abrüstung: **Peter Kurt Würzbach**

Beamte: **Otto Regenspurger**

Sport: **Engelbert Nelle**

Zugleich wurden auf Vorschlag von Schäuble für folgende Gesprächs-

Deutliche Zeichen für die Erneuerung

Am Sonnabend, dem 7. Dezember 1991 haben die Delegierten der CDU Sachsen in Annaberg-Buchholz, einem Ort im weihnachtlichen Erzgebirge, ihren neuen Landesvorstand gewählt.

Ministerpräsident, Prof. Kurt Biedenkopf, wurde mit 80,3 Prozent der Stimmen Landesvorsitzender der Regierungspartei.

„Ich bin sehr dankbar, daß mich die Partei angenommen hat“, äußerte er in einer anschließenden Pressekonferenz. Er sei mit dem Parteitag sehr zufrieden.

„Es war die Parteibasis, die mit großer Mehrheit einen vorgezogenen Wahlparteitag gefordert hatte“, heißt es in einem Antrittsschreiben des neugewählten 1. Stellvertreters, Dr. Fritz Hähle aus Chemnitz an die Mitglieder.

Die Delegierten seien in demokratischer Weise von den Kreisverbänden nominiert worden, betonte Hähle. Er bringt damit zum Ausdruck, daß sie „einen repräsentativen Querschnitt des Willens der Gesamtpartei vertreten“ haben.

Die Delegierten haben Dr. Hähle (MdL), der von Prof. Biedenkopf sat-

zungsgemäß vorgeschlagen wurde, mit 89 Prozent der Stimmen gewählt.

Ich bin ein „Erneuerer — kein Reformier“ sagte Dr. Hähle vor Journalisten und brachte damit seine Fähigkeit zur Integration zum Ausdruck.

„Ich freue mich über die Wahl des 1. Stellvertreters“, bemerkte Biedenkopf, „ich fahre mehr als zufrieden nach Hause.“

Die Delegierten wählten darüberhinaus als drei 2. Stellvertreter die Vorsitzende der Frauen-Union Sachsens, Katharina Landgraf (37), Innenminister Heinz Eggert (45) und den Landtagsabgeordneten Volker Schimpff (37).

Die 20 Beisitzer sind zu 75 Prozent Neu-CDU-Mitglieder. Der Frauenanteil im Vorstand beträgt 25 Prozent. Nur vier der Beisitzer waren bereits im alten Vorstand, aber auch sie sind 1989 bzw. 1990 neu in die CDU gekommen.

„Die Menschen haben sich heute der Zukunft zugewandt, ohne die Vergangenheit zu vergessen“, äußerte Prof. Biedenkopf. Abschließend faßte er zusammen: „Die Partei bietet ein eindrucksvolles Bild der Geschlossenheit, mit der wir gern auf den Bundesparteitag in Dresden zugehen.“

kreise die folgenden Vorsitzenden bestellt:

Energie: **Heinrich Seesing**

Außenwirtschaft: **Peter Kittelmann**

Verbraucherpolitik: **Editha Limbach**

Kunst und Kultur: **Oscar Schneider**

Küstenfragen: **Wilfried Bohlsen**

Drogen: **Roland Sauer (Stuttgart)**

Aussiedler: **Gertrud Dempwolf**

Finanzkommission

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Mitglieder der Finanzkommission gewählt:

Ernst Hinsken

Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)

Theo Magin

Rolf Olderog

Die SPD blockiert ein besseres Umweltstrafrecht

Zur SPD-Umweltpolitik erklärten der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, und die Berichterstatterin im Rechtsausschuß, Cornelia Yzer:

Die vielbeschworene Neuorientierung in der SPD-Fraktion zeigt erste erschreckende Ergebnisse: Vorrang parteitaktischer Winkelzüge vor pragmatischer Politik selbst in einem so wichtigen Bereich wie dem Umweltschutz!

In der letzten Sitzung des Rechtsausschusses wollten CDU/CSU und FDP den Gesetzentwurf zur Verschärfung des

SPD-Entwurf untauglich

Umweltstrafrechts abschließend beraten, so daß er noch vor Weihnachten hätte im Bundestag verabschiedet werden können. Die SPD hat dies verhindert.

Neben dem Regierungsentwurf liegt ein SPD-Entwurf vor, der in einigen Vorschriften durchaus die Möglichkeit eines parteiübergreifenden Kompromisses geboten hätte. Allerdings enthält der SPD-Entwurf auch gänzlich verfehlte Regelungen, von denen insbesondere die vorgesehene „Amtsträger-Strafbarkeit“ unannehmbar ist, weil sie die Autorität und Durchsetzungskraft der Umweltüberwachungsbehörden nicht stärkt, sondern schwächt: Wenn ein Beamter bei Fehlern, die ihm fahrlässig unterlaufen können, mehrjährige Freiheitsstrafen befürchten muß, wird er in seinem Handeln nicht mutiger, sondern ängstlicher. Sich in die praktischen Alltagsorgen der Menschen hineinzusetzen, fiel den

Sozialisten in der SPD-Bundestagsfraktion immer besonders schwer.

So beharren sie gegen den Rat ihrer Genossen aus den Bundesländern (die sehr viel praxisnäher denken und handeln) auf ihrer überzogenen Idee einer eigenständigen „Amtsträger-Strafbarkeit“, mit der die Beamtenschaft — zunächst die Umweltbeamten, später dann wohl die gesamte Beamtenschaft — kujoniert werden soll.

Die SPD-Rechtspolitiker wissen, daß sie sich mit dieser Idee nicht durchsetzen werden. Um vor den eigenen linken Fraktions-Genossen aber nicht als „Kompromißler“ dastehen zu müssen, blockieren sie den Gang der Gesetzgebung, indem sie eine Sachverständigen-Anhörung verlangen. Sie wird das Gesetzgebungsverfahren um Monate, vielleicht sogar um ein halbes Jahr verzögern. Diese Verzögerung ist vor allem deshalb skandalös, weil zu den Gesetzentwürfen, die wortgleich in der letzten Legislaturperiode eingebracht waren, bereits am 27. April 1990 eine Sachverständigen-Anhörung stattgefunden hat.

Die SPD, die nicht müde wird, sich als „Umweltschutz-Partei“ zu profilieren, gibt in Wahrheit parteiinterner Taktik den Vorrang vor dem Schutz der Umwelt.

Personale

Joachim Hörster, ordentliches Mitglied und Berichterstatter im 1. Untersuchungsausschuß („Kommerzielle Koordinierung“), übernimmt das Amt des Obmanns der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuß von **Jürgen Rüttgers**, den die Fraktion am 25. November 1991 zum 1. Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt hat.

Die EG und die neuen deutschen Bundesländer

Am 19. Januar 1989 — zehn Monate vor dem Einsturz der Mauer — hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Europadebatte des Deutschen Bundestages erklärt: „Die deutsche Frage kann nur im gesamteuropäischen Zusammenhang gesehen und gelöst werden. Auch unser nationales Schicksal ist wie das Schicksal anderer Völker in das Schicksal Europas eingebettet. Wir bekräftigen den Willen aller Deutschen, in einem Europa freier Völker die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Ohne Überwindung der deutschen Teilung kann auch die europäische Teilung nicht überwunden werden und umgekehrt.“

Und umgekehrt auch deshalb, weil die Europäische Gemeinschaft zum Zusammenbruch des Sozialismus einen ganz entscheidenden Beitrag geleistet hat. Sie war und ist für die Völker in Mittel- und Osteuropa ein leuchtendes Beispiel für Freiheit, wirtschaftlichen Erfolg und internationale Zusammenarbeit. Die EG hat maßgeblich dazu beigetragen, das ideologische Fundament des Sozialismus zu untergraben. Es war das freie Europa, nach dem die unterdrückten Völker hinter dem Eisernen Vorhang strebten!

Die groß angelegte Hilfe der Europäischen Gemeinschaft für die neuen Bundesländer hat schon vor der Wiedervereinigung begonnen. Schon im August 1990 hat die EG-Kommission ihren Fahrplan für die Integration der fünf neuen Bundesländer vorgelegt. Das Dokument „Die

Gemeinschaft und die deutsche Vereinigung“ ist historischer Beleg dafür, wie schnell und gewissenhaft die EG gehandelt hat — schneller, als mancher im eigenen Land das gewünscht hat.

Es überrascht deshalb nicht, daß das Ansehen der EG in den neuen Bundesländern höher als in den alten ist. Diese grundsätzlich positive Einstellung gegenüber der EG drückt Erwartungen und Hoffnungen aus, die wir erfüllen müssen. Das Gesamtbild der Leistung der euro-

Von Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes

päischen Gemeinschaft für die neuen Bundesländer stützt diese Hoffnungen. Heute, von diesem Jahr an bis 1993, fährt der Zug der EG-Hilfe unter Volldampf.

Zusammen mit der Bundesregierung verabschiedete die EG-Kommission das Gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK) für die neuen Länder. 3 Milliarden ECU, also über 6 Milliarden DM, stehen für die nächsten drei Jahre aus den drei EG-Strukturfonds zur Verfügung. Mit diesen Mitteln für die Regionalpolitik, die Landwirtschafts- und die Sozialpolitik werden Maßnahmen

- ▶ zur Schaffung von Arbeitsplätzen,
- ▶ zur Steigerung der Produktivität,
- ▶ zur Aus- und Weiterbildung und
- ▶ zur Sanierung der Umwelt in Städten und in ländlichen Gebieten gefördert.

Weiterhin stellt die EG Darlehen in großem Ausmaß bereit. 3,2 Milliarden DM kommen aus der Kasse der Europäischen Investitionsbank, 2,4 Milliarden DM von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Eindrucksvoll sind nicht nur diese Zahlen an sich, sondern vor allem der Anschubeffekt, den sie bewirken. Allein die im Rahmen der Regionalförderung vorliegenden förderwürdigen Kreditanträge bewirken ein Gesamtinvestitionsvolumen von 43 Milliarden DM.

Beschäftigungshilfen

Die Programme aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzieren im Durchschnitt die Hälfte der Kosten bei Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Beschäftigungsförderung. In jedem der drei Jahre werden ungefähr 52.000 Personen unmittelbar von den Aktionen des ESF profitieren. Mehr als 50 Prozent davon sind Frauen. Insgesamt sind knapp 1,4 Milliarden Mark für den Sozialbereich vorgesehen.

Eine neue Herausforderung für die EG ist die Umgestaltung einer sozialistischen Kommando- in eine Soziale Marktwirtschaft. Insbesondere die Überführung von staatlichen, meist hochverschuldeten und erheblich sanierungsbedürftigen Unternehmen in Privateigentum verlangt viel Verständnis bei unseren EG-Partnern. Dabei hat dieser Umwandlungsprozeß in der ehemaligen DDR Vorbildcharakter für die anderen Länder des ehemaligen Ostblocks. Sie achten sehr genau darauf, wie hier in Deutschland die Wirtschaft umstrukturiert wird und welche Rolle die EG dabei spielt.

Das konzentrierte Hilfeprogramm der EG gegenüber den neuen Bundesländern wird aber 1993 nicht auslaufen. Wir begrüßen es, daß Jacques Delors sich

dafür ausgesprochen hat, die neuen Länder von 1993 an in die besonders hoch dotierte sog. Gruppe 1 der EG-Förderung aufzunehmen. Das bedeutet, daß die für Ostdeutschland zur Verfügung stehenden Mittel erhöht würden. Das zeigt, daß die EG auch langfristig beim Wiederaufbau der neuen Bundesländer mitzuhelfen bereit ist.

Die neuen Bundesländer sind nicht allein westdeutschen Unternehmen vorbehalten. Sie stehen einem wirtschaftlichen Engagement aller anderen westeuropäischen und sonstigen ausländischen Unternehmen offen. Wir brauchen die Aufbauhilfe aus dem Ausland, und wir wollen sie auch. Denn letztlich ist die wirtschaftliche Vernetzung in Europa eine Voraussetzung für die politische Einheit.

Jedermann weiß, daß der deutsche Einigungsprozeß der westdeutschen Wirtschaft einen kräftigen Schub gegeben hat. Dieser Schub greift über die deutschen Grenzen weit hinaus. Die Hilfe der EG ist keine Einbahnstraße. Im Gegenteil, auch die anderen EG-Länder profitieren davon.

Wie ein Konjunkturprogramm

Besonders auffallend ist die Verringerung der Defizite in der Handelsbilanz vieler Partnerländer. Alle anderen EG-Mitgliedstaaten konnten ihre Ausfuhren nach Deutschland in den ersten sieben Monaten 1991 gegenüber dem Vorjahr massiv steigern. An der Spitze liegt Spanien mit einem Zuwachs von 42 Prozent.

Insgesamt gilt: Die deutliche Steigerung unserer EG-Importe um fast 25 Prozent in den ersten sieben Monaten 1991 wirkt für unsere EG-Partner wie ein Konjunkturprogramm. ■

Brandenburgs Regierung:

Unheilige, arbeitsunfähige Allianz

Der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Gibtner, erklärte zum Abstimmungsverhalten Brandenburgs im Bundesrat bei der Verabschiedung des Beschleunigungsgesetzes:

Als unheilige Allianz hat sich die rot-gelb-grüne Regierungskoalition des Landes Brandenburg erwiesen. Bei der Abstimmung im Bundesrat zum Verkehrsplanungs-Beschleunigungsgesetz enthielt sich Brandenburg der Stimme und gefährdete damit wesentlich die Verabschiedung des Gesetzes.

Der Hintergrund ist erschreckend und läßt für die Zukunft von Brandenburgs Bürgern Schlimmes ahnen: Obwohl der Ausbau der Verkehrswege in dem neuen Bundesland rings um die Hauptstadt Berlin bitter nötig ist und die Potsdamer Planungsbehörden den Anforderungen des bürokratischen, vielstufigen alten Planungsrechts am allerwenigsten gewachsen sind, konnte sich SPD-Ministerpräsident Stolpe und sein Verkehrsminister Wolf nicht mit dem grünen Umweltminister Platzeck auf Zustimmung zum Gesetz

einigen. Platzeck hielt an der grünen Panikmache fest, mit dem für die neuen Bundesländer gedachten Gesetz würde die Bürgerbeteiligung in unzulässiger Weise beschnitten und die Prüfung der Umweltverträglichkeit von Verkehrsbaumaßnahmen eingeschränkt. Ihm und seiner Klientel war nicht beizubringen, daß weder im Grundgesetz noch in EG-Richtlinien mehrmalige umständliche Verfahren für ein und dasselbe Bauvorhaben verlangt sind. Im übrigen kann ihm wie allen anderen Kritikern nur die Lektüre des Gesetzes und seiner Begründung eindringlich empfohlen werden.

Die rot-grüne Regierung in Potsdam fiel damit den fünf anderen neuen Bundesländern in den Rücken und schadete sich selbst. Sie konnte aber die Annahme des Gesetzes mit knapper Mehrheit des Bundesrates nicht verhindern. Dort siegte letztlich die Vernunft über alle emotionale Verweigerungsstrategie.

Was würde die Potsdamer Regierung davon halten, wenn Brandenburg jetzt konsequenterweise aus dem Anwendungsbereich des Beschleunigungsgesetzes ausgeschlossen würde?

Alte Menschen nicht ausgrenzen

„Barrierefreiem Wohnen“ bei der Wohnversorgung älterer Menschen und Behinderter mehr Geltung verschaffen, lautet die Forderung einer gemeinsamen Beschlußempfehlung von CDU/CSU-Bundestagsfraktion, FDP- und SPD-Fraktion an die Bundesregierung.

Dazu der mittelbadische CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Götz: Die

bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung sind außerordentlich zu begrüßen, aber es müssen weitere zukunftsweisende Weichen gestellt werden.

Vor allem müsse Wohnungspolitik verstärkt dem Ziel dienen, das Zusammenleben der Generation zu fördern und einer Ausgrenzung älterer Menschen entgegenzuwirken.

Beschäftigungsgesellschaften dürfen nur Übergangslösung sein

Zum wirtschaftlichen Strukturwandel und zur Rolle von Beschäftigungsgesellschaften in den neuen Bundesländern erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Christa Thoben:

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern befindet sich in einem tiefgreifenden strukturellen Wandel. Wettbewerbsfähige Strukturen sind die grundlegende Voraussetzung für die Schaffung dauerhafter und sich selbsttragender Arbeitsplätze. Von der Errichtung von Beschäftigungsgesellschaften können allerdings nach Meinung des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“ falsche wirtschaftspolitische Signale ausgehen. Deshalb sind Beschäftigungsgesellschaften nur als vorübergehende, sozialpolitische Flankierung des tiefgreifenden strukturellen Wandels hinnehmbar und sollten an folgende Bedingungen geknüpft sein:

- Beschäftigungsgesellschaften dürfen nur eine Übergangslösung sein. Ihr Bestehen muß von vornherein zeitlich so kurz wie möglich befristet und sachlich begrenzt werden. Darüber hinaus müssen die Beschäftigungsgesellschaften rechtlich, organisatorisch und personell selbstständig sein.

- Aufgabe von Beschäftigungsgesellschaften muß es sein, die aufgefangenen Beschäftigten durch Qualifizierung dem Arbeitsmarkt wieder zuzuführen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, daß die Beschäftigten dem Arbeitsmarkt für dauerhafte und sich selbsttragende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Die Bundesanstalt für Arbeit muß daher organisatorisch in die Lage versetzt werden, die in Beschäfti-

gungsgesellschaften Beschäftigten dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.

- Beschäftigungsgesellschaften sind schwerpunktmäßig dort einzurichten, wo sie sektoral oder regional die Voraussetzungen für die Belegung der Wirtschaft schaffen oder die wirtschaftliche Dynamik fördern. Nur dort können sie einen Beitrag dazu leisten, Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und als Brücke für den Übergang in ein normales Arbeitsverhältnis zu dienen. Eine gewisse

Der Schlüssel liegt in der Qualifizierung und in einem dynamischen Strukturwandel.

Wanderungsbereitschaft der mit der Gefahr von Arbeitslosigkeit konfrontierten Beschäftigten ist unverzichtbar.

- Bei einer langen Verweildauer in Beschäftigungsgesellschaften besteht die Gefahr, daß die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt sinken. Daher müssen die Anreize so gesetzt sein, daß ein normales Arbeitsverhältnis auch finanziell attraktiver ist als das Verweilen in einer Beschäftigungsgesellschaft. Das vertraglich vereinbarte Entgelt sollte dazu in den Beschäftigungsgesellschaften geringer sein als der übliche Lohn im relevanten Wirtschaftsbereich.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Bekämpfung von Arbeitslosigkeit liegt nicht in der Beschäftigung um der Beschäftigung willen, er liegt letztendlich in der Qualifizierung der Beschäftigten und vor allem in einem dynamischen Strukturwandel. ■

Staatliche Subventionen für den Wohnungsbau treffsicherer machen

Zur Diskussion über die Wirksamkeit wohnungspolitischer Instrumente erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Angesichts der Tatsache, daß trotz erheblicher staatlicher direkter oder indirekter Subventionen für das Wohnen der Anteil der Menschen immer größer wird, die vor der Türe stehen bleiben, ist eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der gesamten Wohnungspolitik erforderlich.

Als Grundlage für die Diskussion sind die anschließenden 14 Punkte formuliert:

1 Die Wohnung ist sowohl ein hohes Sozialgut als auch ein teures, langlebiges Investitionsgut. Die Wohnungspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden muß dieser Ambivalenz Rechnung tragen, wenn sie erfolgreich sein will.

2 Der anhaltende Zuzug nach Deutschland, die wohlstandsbedingte Nachfragesteigerung der Mehrheit der Haushalte in Westdeutschland sowie das strukturelle Wohnungsdefizit in Ostdeutschland werden trotz großer gesamtstaatlicher Anstrengungen zu einer weiteren Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt führen. Das Problem wird deswegen nur mittelfristig lösbar sein.

3 Angesichts der großen nationalen und internationalen Herausforderungen werden es Bund, Länder und Gemeinden, die gemeinsam für die Wohnungsbaupolitik in Deutschland Verantwortung tragen, nicht schaffen, das Problem allein mit Verstärkung der öffentlichen Mittel und staatlichen Subventionen zu lösen.

4 In den alten Bundesländern wird bei

guter Versorgung der Mehrheit der Bevölkerung der Anteil der Menschen immer größer, die durch die Maschen unserer derzeitigen staatlichen Förderungspolitik fallen. Es ist deswegen höchste Zeit, das gesamte wohnungspolitische Instrumentarium auf den Prüfstand zu stellen mit dem Ziel, die gesamtstaatlichen direkten und indirekten Subventionen für den Wohnungsbau effizienter und sozial treffsicherer zu gestalten.

5 Stärker als bisher muß mit sozialem Flankenschutz auf die Steuerungsfunktion des Mietpreises zurückgegriffen werden, will man nicht die Allokationsfunktion auf den Wohnungsmärkten in einem Umfang stören, der den verstärkten Neubau behindert mit dem Ergebnis, daß die Mehrheit der gut Wohnenden auch noch überdurchschnittlich geschützt wird und die Minderheit der dringend Wohnungsuchenden die eigentlichen Benachteiligten sind.

6 Will man den sozialen Wohnungsbau nicht immer mehr auf die untersten Einkommensschichten einengen, muß man den Mut haben, im Neubau und im Bestand Mietverzerrungen abzubauen, damit er finanzierbar bleibt. Dies bedeutet neue und flexiblere Instrumente bei differenzierten, auch höheren Bewilligungsmieten für die Haushalte, die es leisten können. Im Grunde ist es Zeit für ein 3. Wohnungsbaugesetz.

7 Auch die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums, das pro Haushalt über die Gesamtstandzeit die niedrigste staatliche Förderung erhält, ist zu verbessern und im Sinne der unteren und mittleren Einkommensbezieher umzugestalten.

Die als Abzug von der Steuerschuld oder als Investitionszuschuß zu gestaltende Förderung ist mit der Direktförderung des Wohneigentums im sozialen Wohnungsbau so zu verzahnen, daß zwischen beiden Gruppen kein Förderungsloch entsteht.

8 Der dringend benötigte freifinanzierte Wohnungsbau läßt sich kaum noch durch verbesserte Abschreibungsbedingungen und sonstige steuerliche Maßnahmen ankurbeln. Neue Investitionen im privat finanzierten Wohnungsbau kommen im wesentlichen nur dann zustande, wenn die Rentabilität auf die Dauer gewährleistet ist.

9 Trotz mancher Baulücken muß entgegen der Tendenz der 80er Jahre wieder eine aktive Baulandpolitik betrieben werden, soll nicht der Wohnungsneubau am

Grundsätzliche Bestandsaufnahme der Wohnungspolitik erforderlich

Mangel von baureifen Grundstücken scheitern. Der teils verschleierte, teils verdrängte Zielkonflikt zwischen dem Verlangen nach Millionen neuer Wohnungen einerseits und dem Bewahren jeden Quadratmeters Landschaft andererseits ist zugunsten von erheblichen neuen Baulandausweitungen zu lösen. Landesplanung, Regionalplanung und Flächennutzungsplanung sind entsprechend zu ändern.

10 Trotz extrem niedriger Grundmieten können in den neuen Bundesländern derzeit keine neuen Mieterhöhungen vorgenommen werden, da die kalten und warmen Betriebskosten entgegen ursprünglichen Annahmen so weit über westlichem Niveau liegen, daß bei weiteren Mietsteigerungen der Geist des Einigungsvertrages verletzt würde. Vorderstes Ziel muß

derzeit eine rasche Senkung der Betriebskosten sein, um Spielräume für die Grundmietenerhöhung zu schaffen.

11 Obwohl für eine Übergangszeit wegen der desolaten wohnungspolitischen und städtebaulichen Situation in den neuen Bundesländern der Schwerpunkt auf Instandsetzung und Modernisierung liegen muß, ist angesichts des strukturellen Wohnungsdefizits gleichzeitig der Neubau wieder sichtbar zu verstärken.

12 Die Privatisierung von einem Teil des ehemals staatlichen Wohnungsbestandes in den neuen Bundesländern bleibt politisches Ziel. Vorstellungen auf eine schnelle umfangreiche Privatisierung werden teilweise nicht in Erfüllung gehen, weil neben abbaubarem Widerstand der derzeitigen Eigentümer auch objektive Gründe entgegenstehen. Dazu gehören unter anderem schwere Baumängel, fehlende Vermessungen, schwierige Bewertungsfragen, unzureichende Grundbücher, unklare Eigentumsverhältnisse und nur komplexweise angelegte Versorgung.

13 In Gesamtdeutschland war, ist und bleibt das Wohngeld für die soziale Flankensicherung des Marktes unerlässlich, ist jedoch in seiner jetzigen Form auch reformbedürftig und insbesondere alleine kein Motor zur Stimulierung zusätzlichen Wohnungsbaus.

14 Insgesamt braucht die Wohnungspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden in der nächsten Zeit viel Phantasie, in der Vergangenheit durchaus bewährte Instrumente neu zu überdenken, viel Mut, das politisch Notwendige durchzusetzen, selbst wenn es vordergründig unpopulär ist, und ein Mindestmaß an Konsens, nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Interessengruppen der Wohnungswirtschaft. ■

Aufnahme von Aussiedlern in neuen Bundesländern auch 1992 gesichert

Der Deutsche Bundestag hat mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP ein Gesetz zur Regelung des Verhältnisses von Kriegsfolgengesetzen zum Einigungsvertrag verabschiedet, wodurch sichergestellt wird, daß ab 1. Januar 1992 weiterhin Aussiedler in den neuen Bundesländern aufgenommen und mit gleichen Rechten und Leistungen wie Aussiedler in den alten Bundesländern eingegliedert werden können.

Durch den Einigungsvertrag wurden die Bestimmungen zur Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Aussiedler, nämlich das Bundesvertriebenengesetz und andere Kriegsfolgengesetze, nicht generell auf die neuen Bundesländer übergeleitet. Sie sollten nur befristet für Aussiedler gelten, die ihren ständigen Aufenthalt in den neuen Ländern in der Zeit vom 3. Oktober 1990 bis zum 31. Dezember 1991 nehmen.

Die Wahl des Stichtags, 31. Dezember 1991, erfolgte dabei in der Erwartung, daß bis zu diesem Zeitpunkt eine umfassende Bereinigung des Kriegsfolgenrechts einschließlich neuer Regelungen über die Aussiedleraufnahme durch den gesamtdeutschen Gesetzgeber getroffen werden sollte.

Die eingehende Überprüfung der zahlreichen Vorschriften der verschiedenen Kriegsfolgengesetze und der in ihnen geregelten Sachverhalte sowie die Entwicklung eines abgestimmten Konzepts für die weitere Aufnahme von Aussiedlern im gesamten Gebiet Deutschlands hat sich jedoch als sehr zeitaufwendig erwiesen, so daß eine einheitliche Regelung im Laufe des Jahres 1991 nicht

getroffen werden konnte und damit die Frist des Einigungsvertrages nicht einzuhalten war. Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz wird diese Frist um ein weiteres Jahr verlängert.

Das Gesetz gewährleistet außerdem für die zum Zeitpunkt des Beitritts bereits in den neuen Ländern wohnenden Aussiedler durch entsprechende Regelungen im Bundesvertriebenengesetz, daß

- die Betroffenen in die Sozialversicherung eingegliedert werden,
- Zeiten der politischen Haft sowie Zeiten, in denen Aussiedler aus politischen Gründen an der Ausübung einer Berufs-

Von Hartmut Koschyk, Vorsitzender der Arbeits- gruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion

tätigkeit gehindert werden, in der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden.

- bei Krankheit im Zeitpunkt der Aussiedlerleistungen der Krankenhilfe gewährt werden,
- Prüfungen und Befähigungsnachweise aus dem Herkunftsgebiet hiesigen Berufsqualifikationen gleichgestellt werden, um berufliche Eingliederungsprobleme zu vermeiden.

Durch die Verlängerung des Anwendungszeitraumes für das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz und für das Häftlingshilfegesetz wird im übrigen sichergestellt, daß die aus der Sowjet-

Wohnstättenzählung dringend nötig

Die Forderung nach einer so schnell wie möglich durchzuführenden Wohnstättenzählung in den fünf neuen Bundesländern erhob der Bundesfachausschuß „Städte- und Wohnungsbau“ der CDU in seiner jüngsten Sitzung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn.

Wie der Vorsitzende Werner Dörflinger erklärte, ist der Ausschuß einmütig zu der Auffassung gekommen, daß die völlig unzureichende Datenlage sowohl eine realistische Bestandsaufnahme als auch das Entwickeln tragfähiger Konzepte praktisch unmöglich mache.

Der Ausschuß, der übereinkam, die wohnungs- und städtebauliche Situation in den fünf neuen Bundesländern in nächster Zeit zum Schwerpunkt seiner Arbeit zu machen, beschäftigte sich darüber hinaus mit der Altschuldenproblematik, die sich als großes Hindernis beim Entwickeln wohnungsbaupolitischer Aktivitäten und

der beabsichtigten Wohnungsprivatisierung erweist. Der Ausschuß vertrat die Auffassung, daß rechtzeitig vor dem Ablauf des Moratoriums im Jahre 1993 ein Konzept gefunden werden müsse, um dieses Problem zu lösen.

Was die in den neuen Bundesländern besonders dringlichen Maßnahmen zur Einsparung und zum rationelleren Einsatz von Heizenergie angeht, begrüßte der Bundesfachausschuß die Entscheidung der Bundesregierung, die Vergünstigungen nach dem § 82 a der Einkommensteuereinführungsvorordnung über den 1. Januar 1992 hinaus zu gewähren.

Bei dem gewaltigen Nachholbedarf, der auf diesem Gebiet in den fünf neuen Bundesländern zu befriedigen sei, müsse aber sichergestellt werden, daß der Zeitraum, in dem der § 82 a in den neuen Bundesländern in Anspruch genommen werden könne, auf mehrere Jahre ausgedehnt werden müsse.

union kommenden Aussiedler, soweit sie in den neuen Ländern aufgenommen werden, eine Entschädigung bzw. Eingliederungshilfen für den in der Sowjetunion erlittenen Gewahrsam ebenso erhalten wie die Rußlanddeutschen, die im kommenden Jahr in den alten Bundesländern aufgenommen werden.

Das gleiche gilt für den Lastenausgleich, bei dem die Fortführung der Regelungen die Gleichbehandlung der neu eintreffenden Aussiedler in den alten und neuen Bundesländern sicherstellt.

Wenngleich durch die Verabschiedung dieses Verlängerungsgesetzes ein Jahr

mehr Zeit bleibt, eine umfassende Bereinigung des Kriegsfolgenrechts vorzunehmen, so sollten die Bemühungen dennoch darauf gerichtet sein, ein solches Gesetz möglichst rasch zu verabschieden. Dabei sollte es einen breiten Konsens sowohl zur Herstellung einvernehmlicher Regelungen über den künftigen Aussiedlerzugang als auch darüber geben, sozial gerechte Regelungen für diejenigen Personengruppen in den neuen Bundesländern zu finden, die durch den Krieg und seine Folgen besonders schwer gelitten haben und bisher auf eine Würdigung dieses Schicksals warten. ■

Für eine gerechte und friedliche Zukunft Europas

Vertreter von christlich-demokratischen Parteien aus ganz Europa haben sich — auf Initiative der Arbeitsgruppe „Mittel- und Osteuropa“ der Europäischen Union Christlicher Demokraten — unter dem Vorsitz von Wim Van Velzen, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, vom 31. 10. bis 2. 11. 1991 in Bratislava getroffen, um die Probleme betreffend die nationalen Minderheiten in Europa zu besprechen.

Als christliche Demokraten betrachten sie es als ihre Aufgabe, eine gerechte und friedliche Zukunft Europas zu fördern, in der die nationalen Minderheiten ihren gerechten Platz finden. Gemäß ihren Prinzipien betrachten sie den Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten vor allem als eine Sache der Förderung der fundamentalen Menschenrechte. Die Garantie der Individualrechte hat letztlich Vorrang vor den Kollektivrechten der nationalen Minderheiten.

Unter nationalen Minderheiten verstehen sie Gruppen, welche sich durch ihre Sprache, ihren Glauben oder ihre Kultur von der (den) nationalen Mehrheit(en) unterscheiden und welche miteinander das Bewußtsein einer eigenen Identität teilen.

Die Teilnehmer an dem Seminar:

- glauben an die Bedeutung der einigenden Kraft der christlichen Werte und der europäischen Kultur; sie sind von denselben Grundsätzen geleitet: Gerechtigkeit und Frieden, Solidarität und Subsidiarität;

- haben sich darum bemüht, allgemeine Richtlinien für eine christlich-demokratische Politik des Schutzes der nationalen Minderheiten hinsichtlich der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten zu entwickeln; sie hatten nicht die Absicht, einen Plan zu erarbeiten, der allen Problemen und Herausforderungen des ganzen Kontinents gerecht werden könnte;

- sind davon überzeugt, daß der Prozeß der europäischen Einigung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die besten Möglichkeiten bietet, die Probleme hinsichtlich der nationalen Minderheiten zu

Erklärung über die nationalen Minderheiten in Europa

behandeln und zu lösen. Dank diesem Prozeß hat die trennende Kraft der nationalen Grenzen schon nachgelassen und wird in Zukunft hoffentlich ganz schwinden. Die Europäische Gemeinschaft bietet einen geeigneten Rahmen für die neuen Beziehungen in Europa. Ohne eine Verwässerung des Integrationsprozeß zuzulassen, sollte die EG daher den Ländern Mittel- und Osteuropas die Aussicht auf Mitgliedschaft eröffnen. Wenn die EG sich zu einer politischen Union mit einer föderalen Verfassung, gestützt auf den Grundsatz der Subsidiarität entwickelt, muß sie auch die Aufgabe des Schutzes der Rechte der nationalen Minderheiten übernehmen.

Mit der Formulierung von allgemeinen Richtlinien ist nur ein Anfang gemacht für die Entwicklung einer gemeinsamen christlich-demokratischen Politik hinsichtlich der nationalen Minderheiten in Europa. Die Frage wird bestimmt im Vordergrund der europäischen Politik bleiben. Um einen spezifischen Ansatz zu erarbeiten, der zu einer gerechten und friedlichen Ordnung in Europa führt, in der alle Menschen, welcher nationalen Gruppe sie auch angehören mögen, sich beheimatet fühlen können, werden weitere Untersuchungen und Tagungen über dieses Problem notwendig sein.

In diesem Zusammenhang begrüßen die Teilnehmer des Seminars von Bratislava den Vorschlag des Premierministers der Slowakei, Jan Carnogursky, ein europäisches Dokumentations- und Informationszentrum über die Lage, die Probleme und die Bedürfnisse der nationalen Minderheiten zu gründen.

Die Vertreter der christlich-demokratischen Parteien, die sich der Bedeutung völlig bewußt sind, die dem Selbstbestimmungsrecht zukommt, das von den UN-Abkommen und KSZE-Instrumenten sowie von anderen internationalen Abkommen garantiert wird, haben folgende Schlußfolgerungen hinsichtlich der nationalen Minderheiten gezogen:

1 Die Nation als Gemeinschaft ist wichtig für das Leben der Menschen. Sie steht jedoch nicht allein. Die Familie, die Gemeinde, die regionalen und die supra-nationalen Gemeinschaften ebenso wie sonstige Organisationen, z. B. die Kirche, der Arbeitsplatz, usw. sind Lebensbereiche mit je eigenen und voneinander verschiedenen Existenzgründen. Die Nation und der Staat sollten nicht als ein und dasselbe betrachtet werden, obwohl sie sich manchmal überlappen. Der Staat hat

den Auftrag, die öffentliche Gerechtigkeit, die Demokratie und die Sicherheit zu fördern: Teil dieses Auftrags ist es, die Bedingungen zu bieten, unter denen die nationalen Minderheiten die Möglichkeit haben, frei die für ihre Identität notwendigen Merkmale, wie die Sprache, den Glauben und die Kultur zu entwickeln.

2 Die Fragen hinsichtlich der nationalen Minderheiten können nur in einem demokratischen, auf der Rechtsstaatlichkeit beruhenden politischen Rahmen zufriedenstellend gelöst werden. Die Mitglieder einer nationalen Minderheit müssen sich der Verfassung und den sonstigen Gesetzen des Staates, dessen Staatsbürger sie sind, fügen. Andererseits muß der Staat, im Rahmen seiner demokratischen Gesetzesordnung, das Recht der Minderheit, zu existieren und ihre eigenen Werte zu entwickeln, anerkennen. Auf jeden Fall müssen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Solidarität, der Demokratie und der Menschenrechte respektiert werden. An diese Normen, die mit ihnen verbundenen Methoden und Ziele sind alle Beteiligten gebunden. Gute Nachbarschaft, gegenseitiges Vertrauen und Aufrichtigkeit sind wesentliche Bestandteile einer christlich-demokratischen Politik zugunsten des Friedens zwischen den Nationen und innerhalb der Staaten.

3 Die nationalen Minderheiten sind in erster Linie selbst verantwortlich für die Ausübung ihrer Rechte. Hinsichtlich des Glaubens, des Unterrichts, der Sprache und der Kultur können sie durch eigene Initiativen, beispielsweise durch Gründung von privaten Verbänden, soziale, kulturelle und politische Organisationen auf örtlicher oder nationaler Ebene die Belange ihrer Gemeinschaft fördern. Repräsentative Organisationen sollten durch die Gründung von Schulen, durch

eigene Medien, usw. den Schutz ihres kulturellen Erbes fördern. Solche differenzierte Verantwortlichkeit ist besonders angebracht in Ländern, wo verschiedene nationale Gemeinschaften vermischt leben. Angesichts der wachsenden Mobilität der Menschen in Europa ist es besonders wichtig, in diesem Sinne zu arbeiten.

4 Wo es starke regionale Konzentrationen von spezifischen nationalen Minderheiten gibt, können deren Rechte durch lokale oder regionale Selbstverwaltung in verschiedenen Formen gestaltet werden. Die Selbstverwaltungs-Körperschaften sollten Befugnisse haben auf den Gebieten, welche für die Erhaltung des nationalen Charakters der betroffenen Minderheit wichtig sind.

5 Das Recht auf Unterricht in der Muttersprache, auf Freiheit im Glauben und auf die eigene Kultur ist ein unabdingbares Recht. Der Staat muß dieses Recht, das in Artikel 2 des vorgeschlagenen Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention vorgesehen ist, berücksichtigen. In Gesellschaften mit mehr als einer nationalen Minderheit sollten verschiedene Unterrichtsoptionen zur Verfügung stehen. Es ist Auftrag des Staates, die Bedingungen zu schaffen, die dies ermöglichen. Der Staat darf keine Diskriminierung zulassen, weder zwischen Schülern verschiedener nationaler Gruppen, noch zwischen verschiedenen Schulen; er muß allen die gleichen Chancen bieten. Im selben Geiste sollte der Staat den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt für Mitglieder der nationalen Minderheiten fördern.

6 Die nationalen Minderheiten sollen das Recht haben, frei sowohl privat als auch öffentlich ihre Muttersprache zu verwenden; auch die Errichtung und der Betrieb ihrer eigenen pädagogischen, kul-

turellen und religiösen Anstalten muß frei sein; sie sollten sowohl durch freiwillige Beiträge als auch durch öffentliche Zuwendungen unterstützt werden.

7 In einer pluralistischen Gesellschaft sollten der Funk, das Fernsehen und die Presse die Möglichkeit haben, die Werte der verschiedenen Gruppen und Gemeinschaften widerzuspiegeln. Nationale Minderheiten sollten berechtigt sein, ihre eigenen Funk- und Fernsehsender zu errichten, und ihre eigene Presse haben, gegebenenfalls mit Hilfe des Staates; falls Funk und Fernsehen vom Staat betrieben werden, sollten die nationalen Minderheiten einen ihrer Größe entsprechenden Anteil an den kulturellen und religiösen Programmen in ihrer eigenen Sprache haben.

Der Staat sollte, gegebenenfalls durch internationale Zusammenarbeit, Initiativen der betroffenen Gruppen unterstützen und sie gegen herrschende Trends und Kräfte schützen.

8 Der Schutz der physischen Umwelt ist nicht nur ein ökologisches Bedürfnis sondern auch von grundlegender Bedeutung für nationale Minderheiten. Die Landes- und Stadtplanung sollte den kulturellen Traditionen der jeweiligen Landschaft entsprechen. Die dort angesiedelten Gemeinschaften sollten bei Maßnahmen zum Schutz ihrer Kultur und Umwelt beteiligt werden.

9 Bilaterale Abkommen zum Schutz der Minderheitenrechte zwischen Nachbarstaaten können zur Lösung der Probleme der nationalen Minderheiten beitragen. Auf diese Weise können Minderheiten zu „Brücken zwischen den Staaten“ werden.

10 Eine internationale Gesetzesordnung sollte die Belange der nationalen Minderheiten schützen. International vereinbarte Normen des guten Verhaltens der Staaten

Aus der Arbeit der KAS

Soeben erschienen und abrufbar:

Halbjahresprogramm 1/92 von Schloß Eichholz

Es enthält u. a. Hinweise auf:

- Fachtagungen (z. B. für Lehrerinnen und Lehrer, für Journalistinnen und Journalisten, für Soldaten der Bundeswehr und Angehörige der Polizei, für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich)

- Eichholzer Foren (Themen sind „Das Recht auf politisches Asyl und seine Bewährung in der Praxis“, „Fragen an die aktuelle Verfassungsdiskussion“, „Anfragen an Jugendverbände und Jugendpolitik“, über den „Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte“, „Entwicklungen in Polen“ sowie „Denkmalpflege in Deutschland“.

- Das politische, das wirtschaftspolitische und das kommunalpolitische Seminar

- Trainings zur politischen Kommunikation (Rhetorik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Argumentationstrainings)

- Tagungen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger

- Seminare für Studentinnen und Studenten

- Workshops für junge Zeitungsmacher

- Tagungen für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe (die Themen: „Bildungschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ sowie „Wege in den Journalismus“)

Exemplare verschickt auf Anfrage:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling

sind ebenso notwendig wie Verfahren zur Beratung und Bereinigung ihrer Verletzung. Fortschritte auf diesem Gebiet müssen gefördert werden. Die Bemühungen innerhalb der parlamentarischen Versammlung des Europarats um ein Zusatzprotokoll betreffend die Rechte der ethnischen Gruppen und Minderheiten zur Europäischen Konvention über die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten sollte daher entschlossen unterstützt werden. Es sollte die Grundrechte der Minderheiten gewährleistet sowie freier Zugang zum Verfahren über die Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention, namentlich bei der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte des Europarates. Die Annahme

dieses Zusatzprotokolls über die Minderheiten sollte zu einer Grundbedingung für den Erwerb der Mitgliedschaft im Europarat werden.

11 Europäische Länder, die den bestehenden internationalen Instrumenten zum Schutz der nationalen Minderheiten keine Folge leisten, oder versuchen, die Lage der nationalen Minderheiten zu beeinträchtigen, sollten keinen Zugang zur Europäischen Gemeinschaft bekommen. Jede Gelegenheit muß ergriffen werden, die europäische Öffentlichkeit über Verletzungen der Minderheitenrechte zu informieren, um so ein öffentliches Meinungsklima zu erzeugen, welches die Verletzer dazu zwingen könnte, ihr Verhalten zu ändern. ■

Peter Hintze:

Kirchentag 1993 in Dresden durchführen

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und parlamentarische Staatssekretär Peter Hintze hat das Kirchentagspräsidium zur Korrektur des für 1993 geplanten Tagungsortes aufgefordert:

Im Blick auf die Vollendung der inneren Einheit in Deutschland sollte der nächste Kirchentag in einem der neuen Bundesländer stattfinden. Die Planung des Kirchentagspräsidiums, den nächsten Kirchentag 1993 in München und den übernächsten Kirchentag 1995 in Hamburg durchzuführen,

sollte noch einmal gründlich überdacht werden. Für die Stärkung der inneren Einheit in Deutschland wäre nach dem Kirchentag 1991 im Ruhrgebiet ein Treffen in Dresden, Magdeburg, Erfurt, Leipzig oder Schwerin das richtige Zeichen.

Dadurch könnte sichergestellt werden, daß ein größerer Anteil evangelischer Christen aus den neuen Ländern am Kirchentag teilnimmt, als dies im Ruhrgebiet der Fall war. Dies wäre für die Aufarbeitung der unterschiedlichen Erfahrungen von Christen in Ost und West von hoher Bedeutung.

Asylbewerberzahlen November 1991

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat November 1991 29.185 Asylbewerber (Vormonat: 33.570) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Jugoslawien:	12.878	(Vormonat: 14.744)
Rumänien:	3.824	(Vormonat: 4.999)
Türkei:	2.452	(Vormonat: 2.570)
Bulgarien:	1.281	(Vormonat: 1.817)
Nigeria:	932	(Vormonat: 767)
Vietnam:	789	(Vormonat: 794)
Iran:	527	(Vormonat: 542)
Afghanistan:	481	(Vormonat: 495)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat gesunken. Sie stellt jedoch den zweithöchsten Zugang des Jahres 1991 dar.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas

entfielen im November 18.922 Asylbewerber. Das sind 64,8 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 73,3 Prozent (21.402 Personen).

In den ersten elf Monaten des Jahres haben insgesamt 232.487 Ausländer einen Asylantrag gestellt, gegenüber 180.361 Personen im Vergleichszeitraum 1990 (Gesamtzahlen in 1990: 193.063 Personen).

Anerkennungsquote: 7,2%

In den Monaten Januar bis November 1991 hat das Bundesamt über die Anträge von 152.013 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 10.867 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 7,2 Prozent. Abgelehnt wurden 116.202 Personen (76,4 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 24.944 Personen (16,4 Prozent).

Hausarbeit und ehrenamtliches Engagement gesellschaftlich anerkennen

Die Hausarbeit ist unbestritten von großer Bedeutung für das Wohlergehen des Einzelnen und die Wohlfahrt der Gesellschaft. Haushalts- wie auch ehrenamtliche Arbeit werden kostenlos geleistet, weil sie etwas grundsätzlich anderes sind als Erwerbsarbeit. Nach Ansicht der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament bedürfen sie endlich einer Bewertung und einer gesellschaftlichen Anerkennung.

Hausarbeit und ehrenamtliches Engagement werden beim Bruttoinlandsprodukt nicht berücksichtigt. Bis heute ist eine Fehleinschätzung des Sozialproduktes festzustellen, das vor allem eine Fehleinschätzung von Frauenarbeit und Frauenleistung zur Folge hat, weil die Leistungen der privaten Haushalte (ca. 30 bis 50 Prozent des Bruttosozialproduktes) in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht erfaßt werden. Die christdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament ist der Auffassung, daß ohne die Einbeziehung der Haushaltsarbeit in das Bruttosozialprodukt keine Aussagen über die tatsächlich in einem Volk erbrachten Leistungen gemacht werden können. Außerdem ist die wirtschaftliche Wertbestimmung u. a. auch bei der Diskussion um eine eigenständige Sicherung der Hausfrauen wichtig.

Unbezahlte Hausarbeit sollte besonders unter dem Aspekt der Familientätigkeit mit ihren qualitativ einmalig personenbezogenen Leistungen in ihrem wirtschaftlichen Wert dargestellt und aufgewertet werden. Sie stellt für den Sozialetat des Staates (Aufwendungen für Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Schulkantinen usw.) eine wesentliche Ersparnis dar.

Die EVP-Fraktion fordert eine wirklich rechtliche, soziale und wirtschaftliche Anerkennung dieser Arbeit. Beispielhaft dafür einige Leistungen in der Bundesrepublik Deutschland: die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung oder auch die Anerkennung der ehrenamtlichen Pflege als vollwertige Arbeit.

Arbeit wird oftmals nur als Erwerbsarbeit anerkannt, die gegen die Grundrisiken wie Alter, Krankheit, Unfall und Arbeits-

Von Hedwig Keppelhoff-Wiechert, Mitglied der EVP-Fraktion und Berichterstatterin zur „Unbezahlten Frauenarbeit“ im Europäischen Parlament

losigkeit abgesichert ist. Auch beim Ehrenamt ist die soziale Absicherung für diese Form der Arbeit nicht ausreichend. 80 Prozent aller ehrenamtlich Tätigen arbeiten im sozialen Bereich.

Eigenständige Rentenansprüche können bislang nur durch versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit erworben werden. Jede unbezahlte Arbeit in Familie und Ehrenamt wirkt sich im Alter nicht aus. Als wichtigste Forderung sieht hier deshalb die EVP-Fraktion die rentensteigernde Anerkennung der Erziehungszeiten, der Pflege alter und kranker Familienmitglieder und der ehrenamtlichen Arbeit. Engagierte Menschen dürfen nicht ungesichert ins Alter entlassen werden. ■

Das Euro-Shirt mit Kapuze



Das Euro-Shirt mit Kapuze ist ein gefragtes Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Kürzlich haben wir der deutschen Botschaft in Brasilien einen Satz dieser begehrten Shirts zugesandt. Als Dankeschön erreichte uns dieses Bild der Volleyballmannschaft aus Brasilia.

Frauen-Union

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.

17. Delegiertentag der Frauen-Union

Bestell-Nr. **5444**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Einheit: 30,— DM

Bestell-Nr. **9390** (Größe L)
 Bestell-Nr. **9391** (Größe XL)
 Bestell-Nr. **9392** (Größe XXL)
 Preis je Shirt: 17,50 DM
 zzgl. MwSt.

Bestellungen an:

IS Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold
Fax (0 54 23) 1 53 21



Der neue umweltfreundliche CDU-Stand

Seit langem bereits trägt die CDU-Bundesgeschäftsstelle den ökologischen Erfordernissen Rechnung, indem sie die unterschiedlichen Veröffentlichungen auf umweltfreundlichem Papier drucken lässt. Aber auch die Werbemittel, die häufig zum Gelingen einer geselligen Veranstaltung oder einem CDU-Fest mit beitragen, sind mehr und mehr aus umweltschützenden Materialien hergestellt. Jetzt ist ein neues Produkt hinzugekommen: Der zu jedem Straßencanvassing der Partei gehörende Tisch ist ebenfalls besonders umweltfreundlich. Die Platten werden in einem besonderen Verfahren aus mehr als 1 600 gebrauchten Getränkeketüten hergestellt.

- **Die Maße:** 1,20 m x 0,70 m (Tischfläche), Höhe: 80 cm
- **Der Preis** ist derselbe wie für den bisher üblichen Tisch: 182,— DM zzgl. MwSt.
- Bestell-Nr.: **0451**

Neu: Anstecknadel

für besondere Verdienste

Verpackungseinheit: 1 Stück
 Preis: 14,— DM
 Bestell-Nr.: **0432**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

**POLITIK
AKTUELL**

**DEUTSCHLANDS
VERANTWORTUNG
IN DER WELT**

**HELMUT KOHL
VOLKER RÜHE
GERHARD STOLTENBERG**

**Deutschlands
Verantwortung
in der Welt**

Zu diesem Thema hat die Bundesgeschäftsstelle unter dem neuen Serientitel POLITIK AKTUELL eine erste Broschüre mit den Redebeiträgen von Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Volker Rühle und Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg auf dem Außenpolitischen Kongreß der CDU im Mai dieses Jahres herausgebracht.

Bestell-Nr.: **5443**
Verpackungseinheit: 25 Expl.,
Preis pro Einheit 28,75 DM.

**Bestellungen an
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold**

UID

38/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.